



*Kai Arzheimer, Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002, Wiesbaden 2008 (VS Verlag für Sozialwissenschaften), 501 S.*

In einigen Ländern Europas sehen sich demokratische Parteien zusehends Konkurrenten gegenüber, die mit rechtsextremem Gedankengut Wähler gewinnen wollen und dabei offensichtlich erfolgreich sind. Diesen Trend dokumentieren Organisationen wie der belgische Vlaams Blok (heute Vlaams Belang), die österreichische FPÖ, die Alleanza Nazionale in Italien oder auch der Front National in Frankreich. Während die politikwissenschaftliche Forschung zu Wählern der extremen Rechten in diesen Ländern inzwischen weit vorangeschritten ist, fehlte bisher eine empirisch wie theoretisch breit angelegte, systematische Vergleichsstudie. Mit seiner Habilitationsschrift legt der Mainzer Politikwissenschaftler Kai Arzheimer erstmalig eine solche Untersuchung zur Wählerbasis von Rechtsaußenparteien im westlichen Europa vor.

Sie weckt hohe Erwartungen. Im Zentrum der Arbeit steht die Frage, welche Faktoren zur Wahlentscheidung zugunsten der extremen Rechten beitragen. Darüber hinaus untersucht der Autor aber auch die Gründe für die im Zeitverlauf stark schwankenden Erfolge der extremen Rechten und für deren anhaltende Schwäche in einigen Ländern wie Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden bis 2002, aber auch in Spanien und Irland. Gegenstand der Untersuchung sind die Einstellungen und das Verhalten von Massen und Eliten in 15 EU-Ländern sowie Norwegen. Mithilfe eines Mehr-Ebenen-Modells führt Arzheimer sozialpsychologische, ökonomische und soziologische Ansätze zur Erklärung der Wahlentscheidung zusammen und gelangt so zu einem umfassenden Erklärungsansatz. Als Grundlage dienen ihm die wegweisenden Arbeiten Angus Campbells, Anthony Downs', Paul Lazarsfelds, Seymour M. Lipsets und Stein Rokkans. Arzheimer ergänzt deren Ansätze um Erklärungskonzepte zum Rechtsextremismus, vor allem Erwin K. Scheuchs und Hans D. Klingemanns Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. Er arbeitet seine Hypothesen zudem in das Ann-Arbor- bzw. Michigan-Modell von Angus Campbell ein. Mit der Nutzung dieses Analyserahmens eröffnet Arzheimer eine neue Perspektive für die Erforschung der Wähler der extremen Rechten.

Der Autor wählt die relevanten Parteien anhand eines weit gefassten Extremismusbegriffs aus. So finden nicht nur antidemokratische Parteien mit gesellschaftspolitisch rechten Positionen Eingang in die Untersuchung, sondern auch solche, die allenfalls als semiloyal bezeichnet werden können. Die untersuchten Parteien sind hinsichtlich des konstitutiven Merkmals – ihrer Haltung zu Elementen der liberalen Demokratie – also vergleichsweise heterogen, ohne dass diese Eigenschaft als Einflussfaktor berücksichtigt wurde. Allerdings führt sie der Autor auch nicht unter der Kategorie „rechtsextreme Parteien“, sondern als „extreme Rechte“.

Breite Beachtung finden in Arzheimers Studie die spezifischen Kontexte nationaler Wahlen in Westeuropa wie deren Status als herausgehobenes öffentliches Ereignis oder die Zugänglichkeit zu politischen Informationen seitens der Bevölkerung. Damit wird nicht nur die Erfassung der Reichweite der Erklärungen erleichtert, sondern auch die Übertragung des Modells auf weitere Fälle ermöglicht. Besonders erwähnt sei das Unterkapitel, das der Autor den Beschränkungen seines integralen Erklärungsmodells widmet. Nicht nur die Probleme der Möglichkeit von Kausalerklärungen, sondern auch die Schwierigkeiten, die sich aufgrund der Besonderheiten einer Sekundäranalyse und bei der Untersuchung mehrerer Systeme und ihrer Ebenen ergeben, finden Beachtung.

Seine zahlreichen (mehr als 20) Hypothesen entnimmt der Autor den von ihm herangezogenen Theorien. Dabei unterscheidet er zwischen individuellen und kontextuellen Entscheidungsfaktoren. Durch deren Analyse systematisiert Arzheimer die Befunde bisheriger Studien. Hierfür wurden Längsschnittdaten des gesamten Untersuchungszeitraums herangezogen und durch Querschnittdaten aus den Jahren 1997, 2000 und 2002/3 untermauert und ergänzt. Die Verknüpfung der zahlreichen Variablen und der lange Untersuchungszeitraum lassen eine empirische Basis entstehen, deren Breite von bisherigen Untersuchungen zu den Wählern der extremen Rechten bei weitem nicht erreicht wurde.

Die Untersuchungsergebnisse sind demzufolge reichhaltig: Die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl lässt sich erstaunlicherweise zu einem Großteil auf persistente Ländereffekte zurückführen. Sie ist beispielsweise in Österreich ungleich höher als in Schweden. Ferner fand Arzheimer heraus, dass die Arbeitslosen- und Asylbewerberquote eines Landes, die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber rechter Programmatik sowie die Regierungsbeteiligung linker Parteien eine Wahlentscheidung zugunsten der extremen Rechten wahrscheinlicher machen. Innerhalb der Kontexte wirken jedoch auch die individuellen Faktoren der Befragten: Die extremen Rechten finden Zuspruch vor allem unter jüngeren Menschen, Männern, Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss, Arbeitern und Arbeitslosen. Ungünstig wirken sich hingegen gewerkschaftliche und kirchliche Bindungen aus. Auf der Einstellungsebene wiederum begünstigen die Selbstverortung am rechten Pol des Rechts-Links-Kontinuums, die negative Bewertung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes sowie die Unzufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems die Rechtswahl. Postmaterialistische Einstellungen hingegen verringern diese Wahrscheinlichkeit. In Westeuropa lässt sich zudem – mit Ausnahme Italiens – Fremdenfeindlichkeit unter allen Einstellungsvariablen als maßgeblich für die Unterstützung der extremen Rechten ausmachen.

Leider bleibt der Autor dem Leser die Beantwortung der Frage, warum in einigen Ländern die extreme Rechte dauerhaft schwach ist, trotz des großen empirischen und methodischen Aufwandes am Ende schuldig. Er mahnt hierfür weitere qualitative Anschlussforschung an. Eine Ergänzung der Methoden um den qualitativ-vergleichenden Ansatz nach Charles C. Ragin hätte sich ebenso als fruchtbar erwiesen: Arzheimers Vorhaben, ein ganzheitliches, sparsames

Modell bei einer mittleren Fallzahl anhand von Individual- und Kontextdaten zu entwickeln, hätte dies naheliegender erscheinen lassen können. Mit dem von Carsten Schneider und Claudius Wagemann entwickelten Zwei-Schritt-Verfahren hätte der Systematisierung der Informationen Rechnung getragen werden können.

Solche Desiderate beeinträchtigen den Wert der Studie jedoch nur unwesentlich. Durch Methodentriangulation konnte Arzheimer die Wahlentscheidungen der untersuchten Wähler plausibel und sparsam erklären. Der große wissenschaftliche Gewinn der Analyse liegt weniger in den Einzelbefunden als vielmehr in der Integration einer Vielzahl von Theorien und Ansätzen in ein einheitliches Mehr-Ebenen-Modell innerhalb des als Analyserahmen fungierenden Michigan-Ansatzes. Die breite empirische Basis der Studie, ihre hohe Verdichtungskraft, die methodisch saubere Prüfung der Hypothesen der Rechtsextremismus- und Wahlforschung, aber auch die souveräne Einordnung in die politikwissenschaftliche Debatte zeichnen die Studie aus. Sie dürfte für längere Zeit den state of the art auf diesem Gebiet der Wählerforschung darstellen.

*Tom Mannewitz, Weimarer Str. 6, 01127 Dresden.*



*Richard J. Evans, Das Dritte Reich, Band III: Krieg. Aus dem Englischen von Udo Rennert und Martin Pfeiffer, München 2009 (Deutsche Verlagsanstalt), 1151 S.*

Nach fünf Jahren hat Richard Evans nunmehr seine Trilogie über die Geschichte des Dritten Reichs zum Abschluss gebracht. „Imposant“ ist nur ein schwaches Attribut für das, was der Zeitgeschichtler aus Cambridge als Frucht jahrzehntelanger Beschäftigung mit der jüngeren deutschen Vergangenheit der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Nicht weniger als fast 3 000 Druckseiten mit an die 5 000 Anmerkungen, die einen Belegapparat von allein 300 Seiten füllen, um einen Literaturteil von weiteren gut 160 Seiten ergänzt, bieten sich dem Leser des Gesamtwerks dar. Auch für den dritten und letzten Band gilt wie schon für die vorhergehenden der Jahre 1933 bis 1939 die Empfehlung des Autors im Vorwort, das Buch „vom Anfang bis zum Ende“ zu lesen „als eine durchgehend, wenngleich komplexe Erzählung, durchsetzt mit Darstellungen und Analysen“ (S. 12). Angesichts des hierzulande schon vor Jahrzehnten erfolgten vehementen Angriffs der Strukturgeschichte auf die erzählende Historiographie – besonders in der geschichtswissenschaftlichen NS-Forschung – demonstriert der britische Autor ein nahezu ungebrochenes Vertrauen in den erkenntnisfördernden Wert des Narrativen. Evans‘ auf die Ereignisgeschichte fixierter erzählerischer Stil mit seinen zahlreichen, zuweilen auch überlangen Zitateinschüben aus persönlichen Aufzeichnungen von Miterlebenden und Zeit-

zeugen, hinter dem die abstrahierte analytische Behandlung des Gegenstands eher zurücktritt, kennzeichnet auch den Band über die Kriegsjahre von 1939 bis 1945. Dasselbe gilt für die Einteilung in sieben Haupt- zu jeweils vier Unterkapiteln, womit uns der gesamte weitgehend chronologisch geordnete Stoff in insgesamt 28 mit eigenen Titeln versehenen thematischen Abschnitten präsentiert wird. Wiederum beeindruckt die Breite der abgehandelten Themenfelder. Kaum ein Aspekt dieser Jahre, sei er politischer, ökonomischer, sozialer, kultureller oder militärischer Art bleibt ausgespart. Neben den vielfältigen Facetten des deutschen Kriegsalltags an der Heimatfront, der Finanzierung des Krieges und der Rohstoffbewirtschaftung sowie der Rolle von Wissenschaft, Kultur und Unterhaltung finden sich Abschnitte zur deutschen Besatzungspolitik in Europa, zum Umgang mit Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, zu den diversen Erscheinungsformen von Resistenz – vom nonkonformistischen Jugendprotest bis zum aktiven Widerstand – oder zum alliierten Luftkrieg und seinen sozialen Auswirkungen auf die deutsche Kriegsgesellschaft. Des Weiteren bildet der Holocaust, der organisierte Völkermord an den europäischen Juden, in Gestalt eines eigenen Hauptkapitels („Endlösung“) einen herausgehobenen Komplex der Darstellung, ergänzt um Betrachtungen zu Mitwisserschaft, Duldung oder Schuldbewusstsein innerhalb breiter Bevölkerungskreise.

Angesichts der fast enzyklopädischen Fülle des dargebotenen Stoffes mag es fast kleinlich erscheinen, an der einen oder anderen Stelle des Werks Kritik im Detail vorzubringen.

Für seinen plastischen Erzählstil nutzt Evans gern entsprechend effektvolle Zitate. Das sollte den Autor jedoch nicht zu einem allzu sorglosen Umgang mit den Quellen verleiten. Gleich zu Beginn des Buches (S. 27) stößt man auf ein besonders auffälliges Beispiel dafür. Es handelt sich um die berühmt-berüchtigte Rede Hitlers vor seiner versammelten militärischen Elite auf dem Obersalzberg am 22. August 1939, rund eine Woche vor dem Angriff auf Polen; ein zweiteiliges Dokument, das im Nürnberger Prozess als Beleg für den unbedingten Kriegswillen des deutschen Diktators im Sommer 1939 eine wichtige Rolle gespielt hat („Aufzeichnung ohne Unterschrift“ [Canaris ?], Dok. IMT 798-PS und 1014-PS). Evans bietet uns in einer längeren Passage Zitate aus jener Vulgärversion dieses Redetextes ([...] lasse jeden füsillieren, der auch nur ein Wort der Kritik äußert [...] unbarmherzig und mitleidlos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod schicken“ etc.), die aus dubioser Quelle 1945 über den US-Journalisten Louis Lochner den amerikanischen Anklagevertretern zugespielt worden war (03-L = US 28). Sowohl aufgrund der ungeklärten Herkunft als auch der ins Monströse übersteigerten Diktion, dazu angeblicher, geradezu chaplinesker Begleitszenen („Göring stieg auf den Tisch. Blutrünstiger Dank und blutrünstiges Versprechen. Er tanzte wie ein Wilder herum“) war es in Nürnberg, obwohl an die anwesende Presse verteilt, nicht als juristisches Anklagedokument zugelassen worden.

An anderer Stelle seines Buches (S. 281 f.) bringt Evans ein längeres Zitat aus jenem ominösen „Franzl-Brief“ eines angeblichen Wehrmachtssoldaten

vom 6. Juli 1941 über die Vorgänge bei der Eroberung der westukrainischen Stadt Tarnopol; ein „Dokument“, das in der ersten Fassung der Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung von 1995 als authentisch präsentiert worden war und sich inzwischen allem Anschein nach als dubioses Machwerk einer Wiener NS-Propagandaküche entpuppt hat. Auch die an gleicher Stelle angegebene Zahl („alles in allem etwa 5 000 Juden der Stadt umgebracht“) erscheint, auf die Vorgänge des Juli 1941 bezogen, um etwa eine Größenordnung zu hoch veranschlagt.

Auch anderswo verfährt der Autor nicht gerade kritisch mit Quellenzitatzen, die er dem Leser als originäre Beobachtungen und Eindrücke von Zeitzeugen darbietet; so etwa während des Krieges im Umfeld der polnischen Exilregierung in London verbreitete Berichte über deutsche Besatzungsgräuere in Warschau 1940 (S. 36 f.) oder gar aus der Küche der Wehrmachtspropaganda-Abteilung im OKW stammende „Erlebnisberichte“ deutscher Soldaten vom polnischen Kriegsschauplatz (S. 38). Schließlich präsentiert er den zur Zeit in München als Wachmann in Sobibor angeklagten Iwan Demjanjuk als jenen sadistischen „Iwan den Schrecklichen“ aus dem Todeslager Treblinka (S. 370), obwohl bekanntlich das oberste Gericht Israels dies schon im Jahre 1993 als nicht erwiesen erachtet und mit einem Freispruch des Ukrainers quittiert hat.

Zur Genese des Holocaust, einem in jeder Darstellung zum Dritten Reich zentralen Fragepunkt, scheint Evans, angelehnt an Peter Longerich, das funktionalistische Erklärungsmodell zu favorisieren. Er legt sich dabei eindeutig fest, wenn er schreibt: „Es ist irrig, nach einem Befehl zu suchen oder sich einen solchen vorzustellen, ob schriftlich oder mündlich“ (S. 324), und deutlicher noch: „Es gab nicht die eine, wegweisende Entscheidung, die [...] in die Praxis umgesetzt worden wäre: das Vernichtungsprogramm entwickelte sich vielmehr in einem mehrere Monate währenden Prozeß, in dessen Verlauf die NS-Propaganda eine völkermörderische Mentalität erzeugte, die Himmler und andere Parteiführer dazu anspornte, die Vernichtung der Juden in immer größerem Maßstab voranzutreiben“ (S. 403). Weiter hinten, im vorletzten Kapitel zitiert Evans jedoch eine Ansprache Himmlers vor Wehrmachtsoffizieren in Sonthofen, (5. Mai 1944), in der dieser von der „Erfüllung dieses mir gegebenen soldatischen Befehls, den ich befolgt und durchgeführt habe“, sprach, „die Juden auszurotten“, und knüpft daran die Überlegung: „Der Verweis auf einen ‚soldatischen Befehl‘ konnte nur ein Verweis auf Hitler selbst sein“ (S. 767; Himmler am 24. d. M. an gleicher Stelle: „[Judenfrage] wurde nach Befehl und verstandesmäßiger Erkenntnis kompromisslos gelöst“). Was gilt nun: die sukzessive Radikalisierung des Handelns infolge selbst provozierter Zwangsläufigkeiten oder doch eine Art „Grundsatzentscheidung“ des „Führers“, die die letzten Schranken vor dem endgültigen Genozid beseitigte?

Ein weiterer Punkt, der kritisch anzumerken ist, betrifft die Frage nach den Kriegszielen, die Evans dem deutschen Diktator im Rahmen des von ihm initiierten Krieges zuweist. Im 2. Band war sowohl von einem „seit langem geplanten Krieg um die deutsche Beherrschung und die ‚rassische Neuordnung‘ Euro-

pas“ (Bd. II, 2, S. 731) die Rede als auch vom „grenzenlosen Ausmaß des nationalsozialistischen Strebens nach Eroberung und Beherrschung der übrigen Welt“ (ebd., S. 853).<sup>1</sup> Im vorliegenden Band lesen wir lediglich im bilanzierenden Schlusskapitel („Nachwehen“) vom langfristigen Ziel der Weltherrschaft über einen „Krieg im europäischen Maßstab“ (S. 947). Damit, so heißt es noch im selben Satz weiter, hätten „Hitler und die Nationalsozialisten“ die Phantasien ausgelebt, „die sie ursprünglich in die Politik getrieben hatten: Phantasien von einem großen und neu erstehenden Deutschland, das den Makel der Niederlage von 1918 tilgen würde, indem es eine imperiale Herrschaft in einem Umfang aufrichtete, wie ihn die Welt noch nie gesehen hatte“. Wie will Evans eine solche Behauptung belegen? Dass Hitler und seine frühen Mitkämpfer 1919/20 in München als erklärte Revisionisten wider „Versailles“ und fasziniert von der Idee eines machtpolitischen deutschen Wiederaufstiegs in die Politik gegangen waren, ist unstrittig, aber imperiale Weltherrschaftspläne von bislang noch nie gesehenen Ausmaßen zu dieser Zeit? Und selbst für spätere Zeitpunkte wird es schwer fallen, bei Hitler dezidierte Weltbeherrschungspläne auszumachen – selbst die Aufgabe des Revisionismus zugunsten der viel weitergreifenden „Bodenpolitik“ blieb auf Kontinentaleuropa beschränkt – es sei denn, man unterscheide nicht mehr zwischen anvisierter Weltmachtstellung und Weltherrschaft. Gewisse Widersprüche oder, sollte man besser sagen, der Präzisierung bedürftige Unklarheiten finden sich auch bei den angegebenen Gründen für Hitlers Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941. Einerseits lesen wir vom 1939 besetzten Polen als „Glacis“ für die seit langem geplante Invasion der Sowjetunion“ (S. 141) im Vollzug des weltanschaulichen Primats vom ‚Lebensraum‘ (S. 209), an späterer Stelle von der Absicht, England zu isolieren und verhandlungsbereit zu machen als dem „hauptsächlichen ursprünglichen Grund für die Invasion 1941“ (S. 210).

Ausgesprochen enttäuschend ist die Behandlung des deutschen, insbesondere des bürgerlichen und militärischen Widerstands, zumal Evans hier auf seine ansonsten so gepflegte lebendige Nähe zum Gegenstand durch anschauliche Zitate verzichtet und neben wenigen dürren Fakten lediglich einige kritische bis abschätzige Urteile über dessen politische Programmatik bietet, die letztlich alle auf der Linie der von Ralf Dahrendorf und Hans Mommsen aus den sechziger Jahren stammenden Charakterisierungen des 20. Juli als rückwärtsgewandte Restaurationsbewegung liegen. „Radikalkonservativer Idealismus“ und „Argwohn gegen die moderne Massengesellschaft“ (S. 789), „Mangel an politischem Realismus“ und „potentieller Massenwirksamkeit“ (S. 791), feindselige Einstellung zu einer parlamentarischen Verfassung und einer pluralistischen, offenen Gesellschaft“ (S. 791) sowie eine „ganz allgemein“ rückwärtsgewandte Ideenwelt (S. 805) sind die gängigen Verdikte, die dem Leser geboten werden. Was bedeutet in diesem Zusammenhang überhaupt das so wohlfeile Schlagwort „unrealistisch“? Gewiss: Hätten die Verschwörer des 20. Juli die Details der seiner-

1 Vgl. dazu die Besprechung in TD, 4 (2007) 2, S. 415.

zeitigen alliierten Deutschland-Planung gekannt, hätte sich jeder Umsturzversuch von vornherein als politisch sinnlos verboten. Ebenso glaubt Evans die Rückbesinnung des Widerstands auf die preußischen Reformer der napoleonischen Ära, denen schließlich die Idee der kommunalen Selbstverwaltung – einer wesentlichen Stütze des demokratischen Prinzips in Deutschland – zu verdanken war und die das Regime Hitlers so rücksichtslos zerstört hatte, als Ausweis eines besonderen „Mangel[s] an Realismus“ konstatieren zu müssen (S. 791). Über Peter York, neben Helmuth von Moltke der führende Kopf jener u. a. für ihre damals kühnen Visionen einer übernationalen bundesstaatlichen Ordnung Europas bekannten Kreisauer, dem z. B. Peter Steinbach „einen modernen Konservativismus, dem man die Berührung mit dem angelsächsischen politischen Denken anmerkte“<sup>2</sup> attestiert hat, lesen wir bei Evans nur: „Sein Deutschland war ebenso wie das seiner Mitverschwörer das der Vergangenheit, vor allem der preußischen Vergangenheit“ (S. 807). Kann man der in sich so vielschichtigen deutschen Widerstandsbewegung, die als das „andere Deutschland“ nicht nur eine moralische, sondern auch eine politische Alternative zu Hitler und seinem Regime bieten wollte, mit solch plumper Schablone gerecht werden? Wer damals nicht nur moralisch akklamieren, sondern an Stelle Hitlers – die Rettung nationaler Souveränität vorausgesetzt – auch politisch agieren wollte, musste dies „realistischerweise“ auf der Grundlage der deutschen Gesellschaft des Jahres 1944 versuchen, nicht der Gesellschaft von heute oder etwa der des Jahres 1968 mit ihrer fundamental-demokratischen Aufbruchstimmung.

Manch andere Kritikpunkte, die mehr oder weniger verstreute Einzelbemerkungen oder sachliche Falschangaben betreffen und hier lediglich als rhetorische Fragen in den Raum gestellt werden sollen, ließen sich anfügen: Worin lagen z. B. die Ursachen für die Hungersnot und wirtschaftliche Depression im deutsch-italienisch besetzten Griechenland in den Wintermonaten 1941/42, wie sie uns der Autor (S. 202 ff.) so eindrücklich schildert? Ist es für die NS-Zeit und namentlich die Kriegsjahre in Deutschland ein gerechtes Urteil zu behaupten, „Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Künste und der Geisteswissenschaften wurden auf wenig mehr als Propaganda reduziert“ (S. 747)? Wurden sowjetische Kriegsgefangene „zu Millionen ermordet“ (S. 946)? Lag Stauffenbergs hauptsächliches Motiv zum Widerstand in den von Deutschen verübten Verbrechen (S. 796)? War Stalin ein „Antisemit“, der seinen Außenminister auch deshalb entließ, „weil er Jude war“ (S. 209)? War Otto Hahn ein „theoretischer Physiker“ (S. 833)? Saß das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) im Berliner Bendlerblock (S. 798) und war General Friedrich Olbricht der „Leiter des Wehrrersatzamtes beim Oberkommando der Wehrmacht“ (S. 795)? Handelte es sich bei den Typenbezeichnungen „Mark III“ und „Mark IV“ um deutsche Panzermodelle (S. 419)? Manche der eher technischen Fehler sind

2 Peter Steinbach, Peter Graf York von Wartenburg – Der „Kopf“ der Kreisauer. In: Klemens von Klemperer/Enrico Syring/Rainer Zitelmann (Hg.): „Für Deutschland“. Die Männer des 20. Juli, Frankfurt a. M. 1994, S. 346.

wohl auch einer Übersetzung geschuldet, die präziser die deutsche militärische Nomenklatur hätte handhaben sollen und auch stilistisch nicht immer das gefälligste Deutsch bietet. Ein gelegentlich durchbrechender Hang des Autors zu Klatsch- und Tratschgeschichten aus der Hautevolee des „Tausendjährigen Reiches“ sei nur am Rande vermerkt.

Neben den angeführten Kritikpunkten bleiben eine Vielzahl von zutreffenden und erhellenden Beobachtungen des Autors vorwiegend zu einigen strukturgegeschichtlichen Phänomenen des NS-Staates der Kriegsjahre zu erwähnen; angefangen von den Auswahlprinzipien Hitlerscher Personalpolitik über das nationalsozialistische Spezifikum der sogenannten „Rahmenbefehle“ bis zu den Bedingungen einer administrativen Gesetzgebung unter einer Regierung ohne Kabinett und Parlament. Ebenso behandelt Evans die allmähliche Verlagerung der institutionellen Kompetenzen im Rahmen eines verschärften Konkurrenz Wettbewerbs hoher Funktionsträger und ihrer Subimperien um die „Führer-gunst“ und im Gefolge dessen die spürbare Verschiebung des Machtgewichts von Staat und Partei zugunsten der letzteren besonders in den späten Kriegsjahren (Unterkapitel: „Eine neue Kampfzeit“, S. 635–674).

Aller Kritik im Detail zum Trotz, es bleibt, was eingangs schon gesagt worden ist: Richard J. Evans hat im Zeitalter der überbordenden Detailforschung in der Geschichtswissenschaft eine durchdachte wie wohlstrukturierte Syntheseleistung erbracht, die von Umfang und thematischer Breite in der internationalen NS-Forschung auf absehbare Zeit ihres gleichen suchen wird.

*Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, 60389 Frankfurt a. M.*





Jan Foitzik/Nikita W. Petrow, *Die Sowjetischen Geheimdienste in der SBZ/DDR von 1945 bis 1953*, Berlin 2009 (Verlag de Gruyter), 527 S.

Als verantwortlicher Redakteur des 2009 erschienenen SMAD-Handbuchs beklagte sich Jan Foitzik über die problematische Kooperation mit russischen Kollegen und den relevanten russischen Archiven, die sowohl die gemeinsame Arbeit, als auch das Ergebnis belasteten.<sup>1</sup> Auch das hier zu besprechende Werk über das Agieren der sowjetischen Geheimdienste in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1953 ist eine deutsch-russische Gemeinschaftsproduktion im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte, die nahezu zeitgleich in einer russischen und einer deutschen Ausgabe erschien. Foitzik und Petrow publizieren Quellen, „die bisher für eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung der Thematik fehlen“ (S. 5), wie sie zu Recht betonen. Mit ihrer Konzentration auf die deutsche Zentralverwaltung für Inneres, so die Herausgeber in ihrem Vorwort, trugen vier in der SBZ tätige sowjetische Geheimdienste maßgeblich zur „Errichtung des politischen Systems der DDR nach sowjetischem Muster“ bei (S. 5). In drei Teilen ordnen Foitzik und Petrow die ausgewählten 246 Dokumente der Formierung und Dislozierung der Operativen Gruppen (Teil I, 75 Dokumente) und deren Tätigkeitsfeldern (Teil II, 91 Dokumente) sowie dem Personal und dem Alltag zu (Teil III, 80 Dokumente). In den Fußnoten platzierte Kurzbiographien des Leitungspersonals ergänzen die Informationen auf sinnvolle Weise.

Der Titel des Bandes weckt die Erwartung des Nutzers, rasch eindeutige Antworten auf Fragen nach möglicherweise unterschiedlichen Zielen und Methoden der einzelnen Geheimdienste, nach Abgrenzung bzw. Überlappung der Tätigkeitsfelder oder auch nach Kooperation und Rivalität zu erhalten – und das alles im deutschlandpolitischen Kontext, vor dem Hintergrund des Vier-Mächte-Status. Er findet, wenn auch gelegentlich nur mit einiger Mühe, Antworten auf diese und eine Reihe weiterer Fragen.

Bei den vier Institutionen, die selbständige Geheimdienste besaßen, handelte es sich um die Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“, die Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der Seekriegsflotte, das Volkskommissariat für Staatssicherheit (NKGB) und das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD). In ihrem etwa 50 Seiten umfassenden einführenden Beitrag „Der Apparat des NKWD-MGB der UdSSR in Deutschland: Politische Repression und Herausbildung deutscher Staatssicherheitsorgane in der SBZ/DDR 1945–1953“ spannen Foitzik und Petrow den Bogen von einer Vorstellung dieser Ap-

1 Jan Foitzik, Einleitung. Technische Grundsätze. In: Horst Möller, Alexandr O. Tschubarjan (Hg.), *SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945-1949*, München 2009, S. 1-12.

parate und deren Rechtsbefugnissen über den Aufbau des ostdeutschen Polizeistaates bis hin zu der Entwicklung nach 1949 sowie den Resultaten der sowjetischen Repressionspolitik im Osten Deutschlands.

Rivalitäten und wechselnde Zuständigkeiten zwischen den vier Geheimdiensten prägten die Jahre zwischen 1945 und 1953. Lag zunächst die „Durchführung der gesamten Repressionspolitik in den von der Roten Armee besetzten Gebieten in den Händen des NKWD“, des Volkskommissariats für Inneres (S. 14), so ging diese Zuständigkeit im November 1946 in der SBZ an den Apparat des Bevollmächtigten des Ministeriums für Staatssicherheit (MGB) in Deutschland über (S. 23). Auch die sieben Regimenter des Ministeriums des Innern in der SBZ wurden dadurch dem Ministerium für Staatssicherheit operativ unterstellt (S. 22). In Vorbereitung auf die Gründung der DDR und der Schaffung deutscher Sicherheitsorgane wurden Anfang 1949 ebenso Umstrukturierungen im Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland vorgenommen wie nach Stalins Tod. Berija strebte als neuer Innenminister danach, die Stellung „seines“ Bevollmächtigten in Deutschland zu stärken sowie „die gesamte Arbeit der sowjetischen Staatssicherheit in der DDR auf Beratungsfunktionen zu reduzieren“ (S. 27). Nach Berijas Entmachtung wurde diese Zurückhaltung jedoch in Frage gestellt. „Angesichts der Schwäche der Organe des MfS der DDR“, so die Argumentation seiner Gegner, müsse man das Recht für sich beanspruchen, „die Arbeit des MfS zu lenken und zu beaufsichtigen“ (S. 28). Über das Ergebnis dieser Intervention lassen die Autoren den Leser leider im Unklaren.

Die Konflikte zwischen dem Innenministerium (MWD) und dem Ministerium für Staatssicherheit (MGB) qualifizieren die Autoren als „heimlichen Kampf“ des Bevollmächtigten des MWD der UdSSR bei der Gruppe der sowjetischen Besatzungstreitkräfte in Deutschland (GSBSD), Generaloberst Iwan A. Serow, „gegen die Vertreter des MGB“ (S. 35). Die Serow unterstehenden Truppen waren für die Verhaftung „feindlicher Elemente“ ebenso zuständig wie für die „Zwangsmobilisierung zur Arbeit in der UdSSR, für die Aussiedlung der Bevölkerung aus dem frontnahen Streifen“ sowie für die Sicherung von Gefängnissen, Gefangenentransporten und der Sonderlager (S. 29). Der Rückführung von fünf Regimentern in die UdSSR im Jahre 1946 folgte in den Jahren 1948/49 allerdings erneut die Verlegung von fünf Regimentern nach Deutschland – zur Sicherung des Uranbergbaus. Diese wurden allerdings direkt dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellt.

Das Fehlen von speziell für die Arbeit in Deutschland ausgebildeten Mitarbeitern kompensierten die Operativen Einheiten des Innenministeriums durch ein Netz von Agenten in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen (S. 37). Diese Operativen Einheiten „erfüllten in der SBZ die Funktion einer politischen Polizei, zugleich führten und lenkten sie in operativer Hinsicht die deutsche Kriminalpolizei“ (S. 37). Das offensive Agieren dieser Einheiten rief gelegentlich sogar den Protest von Mitarbeitern der SMAD hervor, die Anstoß an der „rücksichtslosen Einmischung der sowjetischen Staatssicherheit in die Angelegenhei-

ten der regierenden SED“ nahmen. Selbst das Privatleben hochrangiger SED-Funktionäre wurde ausgeforscht (S. 40).

Die Rechtsbefugnisse der sowjetischen Sicherheitsorgane gingen über die weit reichenden Möglichkeiten des Kontrollratsgesetzes hinaus, Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit zu verfolgen. „Die sowjetische Besatzungsmacht [wandte] in der SBZ ihr nationales Recht an“ (S. 42). Damit übertrug sie auch die gängige Praxis ihrer totalitären Herrschaft, dem deutschen Recht unbekannte Tatbestände mit Freiheitsentzug bis zu 25 Jahren zu ahnden, auf die von ihr besetzte Zone. Im Extremfall war es möglich, schon den bloßen Vorsatz einer im o.g. Sinne strafbaren Handlung mit dem Tode zu bestrafen, auch wenn weder Mittel noch Gelegenheit gegeben waren, den Vorsatz in die Tat umzusetzen (S. 43). Noch bis 1953 wandten die Sowjets die Gesetze der Kriegszeit gegen Ausländer an. Das letzte Urteil eines sowjetischen Militärtribunals gegen einen Deutschen wurde am 24. Oktober 1955 gesprochen (S. 43).

Für die im Aufbau befindliche ostdeutsche Verwaltung erwies sich das Ministerium für Staatssicherheit, unbeeinflusst durch alle strukturellen Wandlungen der Besatzungsverwaltung, als ein „bestimmender Machtfaktor auf dem Gebiet der Personalpolitik“ nicht nur für die SMAD, sondern auch innerhalb gemischter deutsch-russischer Institutionen (S. 44). Brachte die Besatzungsmacht zunächst politischen Remigranten aus der UdSSR und Altkommunisten das größte Vertrauen entgegen, so liefen diesen bald die etwa 11 000 Absolventen sowjetischer Antifa-Schulen für deutsche Kriegsgefangene den Rang ab (S. 49). Gegen den Aufbau eines „ostdeutschen staatspolizeilichen Apparats“ leisteten die sowjetischen Sicherheitsinstitutionen anfangs heftigen Widerstand, der jedoch zu deren politischer Isolation führte (S. 53). Im Gegensatz zu den anderen Ländern des Ostblocks wurde selbst mit der Gründung der DDR die Tätigkeit des sowjetischen Sicherheitsdienstes nicht eingestellt (S. 57), allerdings wurde die innerinstitutionelle Konkurrenz beseitigt und die Kontrolle über die Volkspolizei und die ostdeutsche Staatssicherheit wieder in einer Besatzungsbehörde vereinigt (S.58).

Mit einigen statistischen Angaben zur Tätigkeit der sowjetischen Militärtribunale und dem Verweis auf mehr als 2 000 vollstreckte Todesurteile runden die Herausgeber ihre vor allem auf die repressiven Aspekte geheimdienstlicher Aktivitäten fokussierte Einführung ab.

*Gerhard Barkleit, Wilhelm-Weitling-Straße 42a, 01259 Dresden.*



*Thomas Großbölting/Dirk Hofmann* (Hg.), *Vergangenheit in der Gegenwart. Vom Umgang mit Diktaturerfahrungen in Ost- und Westeuropa*, Göttingen 2008 (Wallstein Verlag), 176 S.

Seit dem Untergang des SED-Regimes diskutiert Deutschland mehr oder minder intensiv über die zweite deutsche Diktatur. Aber auch andere europäische Länder in Ost und West debattieren derzeit über ihre spezifischen Diktatur-Erfahrungen. Dieser Band, der auf einer Tagung mit vielen namhaften Teilnehmern beruht, will dazu beitragen, in Europa stärker auch transnational über jeweilige Erfahrungen mit (totalitären) Diktaturen zu reflektieren und zu reden, um nach Öffnung weiterer Archive das wechselseitige Verständnis zu erhöhen. Das ist gerade in Zeiten der EU-Erweiterung und -Vertiefung ein wichtiges Anliegen. Denn zu den geistig-moralischen Fundamenten der EU gehört ein erweiterter und vertiefter Austausch und Diskurs über jeweilige Erfahrungen mit Diktaturen; eine europäische Erinnerungskultur, die keine Diktaturerfahrung gering schätzen darf: Weder die Einzigartigkeit nationalsozialistischer Herrschaft und Massenverbrechen noch realsozialistische Unrechtregime.

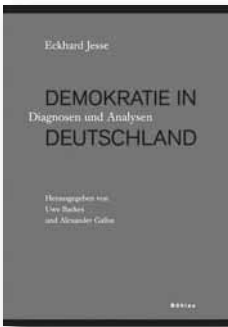
Reinhard Rürup, der den Zusammenbruch des sowjetischen Weltsystems ein „Wunder“ nennt, hilft mit seinem facettenreichen Beitrag, den Begriff „Diktatur“ zu definieren und aus der Herrschaftspraxis Strukturmerkmale von Diktaturen herauszudestillieren. Vor allem die Sowjetunion nennt er – trotz mancher Veränderungen im Innern – bis zu ihrem Untergang ein totalitäres System. Tatsächlich präsentierten sich Stalins Nachfolger mit dem Begriff der „Entstalinisierung“ als Reformer, um die Diktatur fortzusetzen und zu perfektionieren, ohne eine Demokratisierung einzuleiten. Das durchschaute aber nur ein Teil der Intellektuellen und Nichtintellektuellen. Allerdings, so Rürup, unterschied sich die Herrschaftspraxis durchaus von Land zu Land. In Polen „boten beispielsweise die katholische Kirche und das klein-bäuerliche Milieu einen gewissen Rückhalt gegen die totalitären Zumutungen“.

Für Gegenwart und Zukunft plädiert Rürup dafür, Opfer von Diktaturen zu ehren, über Täter und Taten aufzuklären, politische und gesellschaftliche Ursachen und Voraussetzungen von Diktaturen aufzudecken, aber auch reuige Ex-Anhänger und Ex-Träger von Diktaturen möglichst in die Demokratie zu integrieren, also eine gesellschaftliche Versöhnung zu forcieren, die nicht auf Kosten der Opfer geschehen dürfe – ein sicher schwieriger, aber wichtiger Drahtseilakt. Wie weit eine solche Integration gehen kann und soll, beantwortet Rürup leider nicht – bis in hohe und zentrale politische Ämter?

Sandra Kalniete, einst lettische Außenministerin und derzeit Mitglied des Europäischen Parlamentes (EVP), bringt frischen Wind in die Diskussion über Diktaturen – auch mit wenig diplomatischen Formulierungen. So nennt sie – im Anschluss an ihre (viel gescholtene) Rede auf der Leipziger Buchmesse 2004 –

Nationalsozialismus und Kommunismus „gleich kriminell“. Das ist zwar starker Tobak. Doch bei beiden Systemen handelt es sich um totalitäre Diktaturen – bei allen Unterschieden, die Kalniete in ihrem Beitrag teilweise erwähnt. Im Kern geht es Kalniete darum, jegliche Diktaturen und jegliche Menschenrechtsverletzungen zu ächten. Darüber europaweit zu diskutieren, bleibt ein wichtiges Anliegen. Gerade die einzigartigen Massenverbrechen Hitlers müssen die Sensibilität von Demokratien für alle anderen Massenverbrechen mehren statt mindern. Umso wichtiger sind in Deutschland zum Beispiel Filme wie „Schindlers Liste“ und „Die Frau vom Checkpoint Charly“.

*Harald Bergsdorf, Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf.*



*Eckhard Jesse, Demokratie in Deutschland. Diagnosen und Analysen. Hg. von Uwe Backes und Alexander Gallus, Köln 2008 (Böhlau), 431 S*

*Eckhard Jesse, Diktaturen in Deutschland. Diagnosen und Analysen, Baden-Baden 2008 (Nomos), 552 S.*

Politikwissenschaft als Wissenschaft von der Politik – das ist ursprünglich eine Integrationswissenschaft, die sich thematisch und methodisch, material

und formal dem Politischen widmet, also im Sinne Luhmanns nach den zum kollektiv Verbindlichen bestehenden Bezügen fragt oder auch einfach im Sinne Webers nach Verteilungsmodi von Macht und dem Bezugsfeld von Macht und Legitimität. Der Politikwissenschaftler ist gleichsam der Spezialist für das Allgemeine, wobei Allgemeinheit in diesem Zusammenhang doppelt beziehungsreich ist: Es bezeichnet das Politische als das Allgemeine schlechthin und mithin das Politische als spezifischen Aspekt von allem.

Die Wirklichkeit der Politikwissenschaft entspricht dem nicht immer. Umso auffällender leuchten Gelehrte wie Eckhard Jesse hervor. Jesses Breite ist enorm und weist eben dennoch einen roten Faden auf, der sein Lebenswerk zusammenschürt: Dieser ist der Totalitarismusbegriff. Davon ausgehend erschließt sich sowohl Jesses Interesse an der Extremismusforschung als auch am Diktaturenvergleich und der deutschen Frage, die seit 1990 ihre glückliche Antwort gefunden hat. Es war wie eine Harmonie der eigenen Biographie, die mit der kollektiven deutschen zusammenklang, als Jesse 1993 auf den neu geschaffenen Lehrstuhl für Politische Systeme und Politische Institutionen in Chemnitz berufen wurde, hatte der Jubilar als *participant observer* der deutschen Einheit stets

empathisch gegenüberstanden: Umso verdienstvoller sind die beiden Sammelbände, die zum 60. Geburtstag des Gelehrten erschienen sind.

Stets ist für Jesse auch die historiographische Methode entscheidend gewesen, die ihn zum Teil in echt historische Detailfragen wie diejenige nach den Ursachen des Reichtagsbrandes führte (Demokratie in Deutschland, S. 34). Mit dem geschulten Auge des Systematikers vermeintlich ausgeforschte Erkenntnisgegenstände betrachtend, verdankt auch die Zeitgeschichte dem Chemnitzer neue Impulse. Aber Jesses historischer *impetus* war derart stark, dass er sich auch in die als „Historikerstreit“ apostrophierte große Debatte der 1980er Jahre einschaltete. Sein Interesse an der Geschichte verband sich hier wiederum mit dem ihn antreibenden Problem des Totalitarismus. Auffallend ist seine ausgewogene Einschätzung des Phänomens Ernst Nolte: Einerseits nimmt er das Bagatellisierungspotential von dessen Thesen wahr, spricht gar von „verwegenen Gedankenexperimenten“ (Diktaturen in Deutschland, S. 108). Andererseits sieht er eben, dass Nolte – möglicherweise mephistophelisch – den Erkenntnisprozess der Wissenschaft insgesamt enorm befördert wie beschleunigt hat. Hierbei zeigt Jesse auch Sinn für epochenumspannende und –übergreifende Geschichtsmechanismen, deren Analyse und Detektierung gemeinhin unter dem Epitheton „geschichtsphilosophisch“ subsumiert und nicht selten in der Geschichtswissenschaft geradezu „abgeheftet“ werden.

Der Politologe Jesse ging dabei schon früh auch auf die Wirkung des „Historikerstreites“ und der Vergangenheitsbewältigung für die Gegenwart der demokratischen Gesellschaft unserer Gegenwart ein – noch bevor Konzepte wie dasjenige der Vergangenheitspolitik die Sache erfassten (Diktaturen in Deutschland, S. 119 ff.; Demokratie in Deutschland, S. 54 ff.).

Signifikant ist auch durchgängig der vergleichende Ansatz, etwa wenn Jesse die „Systemwechsel“ der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts kontrastiert: Jesse fragt hierbei nicht nur nach Grad, sondern auch nach Art der Einschnittsmassivität (Diktaturen in Deutschland, S. 208 ff.). Nicht zuletzt die bisweilen von medizinischer und technischer Begrifflichkeit geleitete Ursachenzentrierung, die systematisch-synchrone Betrachtung nach sich zieht, lässt den Autor jenem thukydideischen Ideal der Geschichtsschreibung als wahrer Geschichtsforschung folgen: Nein, begriffszersetzende Abstraktionsfeindlichkeit, das ist Eckhard Jesses Sache nicht. Die Souveränität der Literatúrauswahl folgt problemorientierter Analyse statt alles berücksichtigendem Vollständigkeitswahn, orientiert sich eklektisch an der intellektuellen Bewältigungskapazität und begrifflichen Validität der einzelnen Forschungen. Sie ist daher auch notwendig hochgradig interdisziplinär.

So hart Jesse namentlich mit dem Kommunismus, vor allem aber mit jenen ewig Gestrigen ins Gericht geht, die jene sich ab 1917 weltweit verbreitenden totalitären Systeme verharmlosen oder als Zerrbild eines wahren Ideals zu erledigen suchen (z. B. Diktaturen in Deutschland, S. 158 ff.), so deutlich blickt auch immer wieder durch, dass der Gelehrte sich des ubiquitären Charakters der totalitären Dimension der modernen Welt bewusst ist. Beispielsweise kritisiert er,

dass die Negativutopie von Orwells Roman „1984“ seinerzeit überwiegend auf demokratische Verfassungsstaaten bezogen worden ist, nach 1990 aber gänzlich verstummte, obwohl die technisch-zivilisatorischen Voraussetzungen einer solchen Gesellschaft heute perfektionierter denn je sind (Diktaturen in Deutschland, S. 179). Und er erinnert an Herbert Marcuses Anliegen, auch in einem spezifischen Produktions- und Verteilungssystem angelegt totalitäre Gefahren zu erkennen (Diktaturen in Deutschland, S. 86).

Es liegt in der Vielgestaltigkeit und Breite des Jesseschen *opus* begründet, dass eine Rezension der insgesamt fast eintausend Seiten gesammelter Schriften kursorisch sein muss: Zu erwähnen wäre beispielsweise noch, dass der Jubilar auch quantifizierend gearbeitet hat, ein intimer Kenner der NPD ist und Wahlsysteme eingehend analysiert und verglichen hat. Auch zu all diesen Themen finden sich aufschlussreiche Texte im Band „Demokratie in Deutschland“. Somit kann eine Rezension ihre Leser nur neugierig machen, die beiden Bänden selbst einmal in die Hand zu nehmen. Es lohnt.

*Daniel Hildebrand, Rambatzweg 1, 22303 Hamburg.*



*Ilko-Sascha Kowalczuk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009 (Verlag C. H. Beck), 602 S.*

Es geschieht durchaus selten, dass man Sachbücher kaum aus der Hand legen kann, bevor nicht auch der letzte Satz gelesen ist, zumal wenn es sich um Literatur mit Bezug zum 2009 so exzessiv gefeierten wie scheinbar allgegenwärtigen Gedenkjahr handelt. Während der Leipziger Buchmesse im vergangenen Jahr konnte sich die Rezensentin der Faszination zweier gerade erschienener Bücher zur DDR-Geschichte dennoch nicht entziehen. An den ohnehin ereignisreichen Tagen las sie „Der letzte Kommunist. Das traumhafte Leben des Ronald M. Schernikau“ von Matthias Frings und „Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR“ von Ilko-Sascha Kowalczuk binnen kürzester Zeit und mit nur wenigen, dringend notwendigen Unterbrechungen.

In den Details besitzen diese beiden Bücher wenige Gemeinsamkeiten. Aber die Autoren verbinden – soviel sei vorweggenommen – profunde Detailkenntnis, gebotene Sachlichkeit in der Analyse, beneidenswerte Anschaulichkeit im Stil und nicht zuletzt große Leidenschaft für die Thematik. Allein schon deshalb zählt Kowalczucs „Endspiel“ zu den bemerkenswertesten und nachhaltigsten unter den in der jüngsten Zeit so zahlreich publizierten Büchern über die Revolution in der DDR. Sympathie bringen dem Autor bereits die einleitenden Worte ein. Hier merkt er an, dass er nicht zu den Vertretern der Historiker-Zunft ge-

höre, die behaupten würden, in der historischen Darstellung könne es Objektivität geben. Auf angenehme Art und Weise bekennt er sich „zur subjektiven Begrenztheit historischer Erkenntnismöglichkeiten“. Er verstehe sich nicht als Verkünder objektiver Wahrheiten und sein Buch deshalb „nur“ als „ein Angebot, über ‚1989‘ etwas zu erfahren und darüber zu diskutieren“ (S. 16 ff.). Inhalt wie auch Stil seines Werkes bestätigen diese Haltung.

Wie kein Zweiter stellt Kowalczuk die Revolution überzeugend als Folge der sich in den achtziger Jahren rasant entwickelnden gesamtgesellschaftlichen Krise dar. Im ersten und umfangreichsten Kapitel „Bilder einer Gesellschaftskrise“ blickt Kowalczuk deshalb zuerst weit in die achtziger Jahre zurück und geht ausführlich auf die damaligen Rahmenbedingungen ein, wozu beispielsweise das „System Gorbatschow“ und die verschiedenen „Bindungskräfte“ der DDR-Diktatur zählen. Daran anknüpfend beschreibt er die sich in diesen Jahren verschärfenden Krisensymptome als „Großteil jener Realität, die die DDR-Menschen tagtäglich erleben mussten“ (S. 108). Hierbei geht es vor allem um die sich verschlechternden Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen, welche wiederum den Zerfall der „Bindungskräfte“ beschleunigt hätten.

Im Folgenden erläutert der Autor die Bedeutung von Literatur in der DDR oder besser die ihrer Autoren und dabei einmal mehr die „Kunst“ des „Zwischen-den-Zeilen-lesens“ bzw. des „Zwischen-den-Zeilen-schreibens“. Außerdem erklärt er an dieser Stelle, weshalb die Theater „zwar keine Horte der Opposition, aber Zentren kritischen Denkens“ waren, und erzählt von der kreativen, unabhängigen kleinen „freien Theaterlandschaft“, die sich abseitig der offiziellen Theaterkultur entwickelt habe (S. 150 f.). In diesem Abschnitt werden nicht zuletzt die unterschiedlichen Szenen von Jugendsubkulturen, beispielsweise die der Punks abgehandelt. Diese verschiedenartigen eigensinnigen Entwicklungen, Strömungen und Milieus, die nach Kowalczuk die SED-Herrschaft zwar nicht mehr legitimiert und stabilisiert, aber auch noch keine nach politischen Alternativen suchenden politischen Gegenkräfte hervorgebracht haben, fasste er in der Metapher „Zwischentöne“ zusammen. Diese „Zwischentöne“ gehörten seiner Meinung nach zu einer „Untergangsmusik“, die sich allerdings erst 1989 als solche erwiesen habe (S. 141).

Während die ersten Abschnitte dieses Kapitels zeigen, wo die Ursachen für den Zusammenbruch des Regimes zu suchen sind, wird in den darauffolgenden erklärt, warum es nicht nur zum Zusammenbruch, sondern auch zu einer Revolution, zu einer „handlungsorientierten Gegenwehr“ gekommen sei (S. 179). Aus diesem Grund setzt sich Kowalczuk auf den folgenden Seiten mit der „Ausstrahlungskraft des Westens“ und den Kirchen als „Gegenkraft im ostdeutschen Kommunismus“ auseinander. Aber vor allem analysiert er die Entwicklung der organisierten politischen Opposition in den achtziger Jahren (S. 179 ff.). Als wichtigste Quellen oppositionellen Handelns in der DDR benennt Kowalczuk zu Recht die jeweils ganz eigenen Lebenserfahrungen der Bürgerrechtler in und mit der SED-Diktatur. In fast allen Biografien von DDR-Oppositionellen hätten sich Brüche gefunden, fast niemand sei zeitlebens Oppositioneller gewesen. Op-



position habe oft Suche nach Alternativen in der Gegenwart bedeutet, weshalb sie vielfarbig erschienen sei (S. 233). Diese Vielfältigkeit der Bürgerrechts- bzw. Basisgruppen in der DDR wird auf den nächsten Seiten im Kontext ausgewählter Schlüsselereignisse, wie z. B. des Olof-Palme-Friedensmarsches oder der Ereignisse an der Carl-von-Ossietsky-Schule in Berlin Pankow, eindrücklich dokumentiert.

Im Mittelpunkt des zweiten Kapitels „Von der Gesellschafts- zu Diktaturkrise“ stehen die entscheidenden Ereignisse im Jahr 1989, die zu den Massendemonstrationen im Revolutionsherbst führten. Dabei handelt es sich vor allem um die Wahlfälschungen im Mai, den Abbau der Grenzbefestigungen durch Ungarn und die damit verbundene Öffnung des „Eisernen Vorhangs“, die Flucht tausender DDR-Menschen über Ungarn oder in die bundesrepublikanischen Botschaften von Prag und Warschau und nicht zuletzt um die Gründung des „Neuen Forums“ wie auch anderer neuer politischer Gruppierungen. Zum letzten Abschnitt dieser Entwicklung gehören der 7. Oktober und die Zeit unmittelbar davor, als die SED den 40. Jahrestag der DDR mit großem Pomp hätte feiern wollen, die Menschen aber bereits „in einer kaum noch erträglichen Anspannung“ gelebt hätten. Bis zu diesem Zeitpunkt reagierte die Staatsmacht auf Demonstrationen und Proteste häufig mit (teilweise exzessiver) Gewalt. Kowalczyk macht deshalb an dieser Stelle berechtigterweise darauf aufmerksam, dass die Revolution nicht durchweg einen friedlichen Charakter besaß. Erst als am 9. Oktober Tausende auf dem Leipziger Ring demonstriert hätten und die SED die gefürchtete „chinesische Karte“ nicht gezogen habe (S. 401 ff.), trat die Revolution in ihre friedliche Phase ein.

Das dritte Kapitel „Untergang einer Diktatur“ dominieren schließlich die sich überschlagenden Ereignisse seit dem 9. Oktober bis hin zu den freien demokratischen Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990: zahlreiche Massendemonstrationen im ganzen Land, der Fall der Mauer am 9. November, die Etablierung des Zentralen Runden Tisches und hunderter Runder Tische auf allen Ebenen, das Ringen um die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes, Machtverlust und Delegitimation der SED. Kowalczyk gelingt es, auch die damalige Wahrnehmung der Menschen zum Ausdruck zu bringen und sie letztlich in einem prägnanten Satz zusammenzufassen: „Erst jahrelanger gesellschaftlicher Stillstand und dann ab Herbst 1989 nur noch auf der Überholspur ...“ (S. 536).

Der 18. März 1990 habe schließlich vollendet, was die Fluchtbewegung, die Massenproteste und die Bürgerbewegungen seit dem Spätsommer und Frühherbst 1989 gemeinsam erzwungen hätten: freie demokratische Wahlen (S. 528). Deshalb sieht der Autor die ersten freien Wahlen der DDR als Ende der Revolution an. Dass die Ereignisse tatsächlich revolutionären Charakter trugen, begründet er im abschließenden Abschnitt: die alte Ordnung sei handlungsunfähig, delegitimiert und moralisch kompromittiert gewesen, die von ihr vertretenen Werte und Überzeugungen zerschlagen; Bürger- und Massenbewegungen hätten sich ihr entgegengestellt und neue politische, gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Strukturen gefordert; innerhalb weniger Monate habe die Bewe-

gung alte Strukturen, Werte, Ideen, Kulturen und Herrschaftseliten beseitigt, fast nichts sei im öffentlichen Raum mehr so gewesen wie zuvor. „Was spricht dann gegen die Bezeichnung Revolution?“, fragt Kowalczuk. „Eigentlich nichts.“, meint er – abgesehen von politisch geprägten Vorbehalten gegen den Begriff und damit verbundener Beanspruchung von Deutungshoheiten (S. 540 ff.).

Der Autor durchsetzt seine Beschreibung mit Anekdoten und Witzen („In der DDR ist alles grau, nur die Flüsse sind bunt.“), die in der DDR zuhauf kursierten. Da man sie im Alltag als Ventile benötigt habe, sei den meisten Menschen das Lachen darüber nicht einmal im Halse stecken geblieben. Zugleich räumt er mit zwei Legenden auf: Zum einen sei niemand in der DDR wegen eines politischen Witzes ins Gefängnis gekommen. Dass alle systemkritischen Witze im SED-Apparat selbst entstanden seien – wie man in den achtziger Jahren gemunkelt habe – entspreche zum anderen ebenfalls nicht der Wahrheit (S. 108). Heute wird über diese Witze und Anekdoten wohl weniger gelacht, sondern eher geschmunzelt und manch einem bleibt heute aus den verschiedensten Gründen vielleicht doch das Lachen im Halse stecken. In Kowalczucs Buch unterstützen sie jedoch eher das Anliegen des Autors, dem Leser sowohl das einstige Alltagsleben als auch das Lebensgefühl plastisch vorzuführen. Bei der Lektüre von „Endspiel“ steigen die Bilder von der spießigen wie stickigen Grau-in-Grau-Atmosphäre in der DDR (wieder) deutlich vor dem geistigen Auge auf – und zwar wesentlich präziser und anschaulicher als beim Lesen des viel gepriesenen Romans „Der Turm“ von Uwe Tellkamp.

Alles in allem legt Kowalczuk die Schwerpunkte auf den Macht- und Legitimationsverlust der Partei- und Staatsführung und auf die Prozesse der Selbstbefreiung durch die *Menschen* und der Selbstdemokratisierung durch die *Bürger* in der DDR. Mit Letzterem stützt er die wichtige Aussage Klaus-Dietmar Henkes, die leider noch nicht Allgemeingut in unserem Land ist: „keine Wiedervereinigung ohne eine demokratische DDR, keine demokratische DDR ohne den ostdeutschen Volksprotest“<sup>1</sup>. Kowalczuk schreibt ausgewogen, leicht verständlich und (trotzdem oder deshalb) brillant, spannend und mitreißend. Deshalb will man das Buch auch bei der zweiten Lektüre nicht aus der Hand legen.

*Francesca Weil, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.*

---

1 Klaus-Dietmar Henke, 1989. In: ders. (Hg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 11-46, hier 12.



*Martin Sabrow* (Hg.), *Erinnerungsorte der DDR*, München 2009 (Verlag C. H. Beck), 619 S.

Vom Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, Martin Sabrow, weiß man, dass ihn bereits seit längerem die Frage nach dem Verhältnis von Herrschaft und Alltag in der DDR umtreibt. Außerdem treibt er selbst die Diskussion darüber mit immer neuen Impulsen voran. Das ist auch gut so, denn eine DDR, ausschließlich beschrieben als Diktatur der SED, das wäre, als konzentrierten sich Mediävisten auf die Machtausübung mittelalterlicher Despoten. Nun war es in der letzten Zeit gerade die Beschreibung des mittelalterlichen Lebens in Dörfern und kulturellen Zentren, die über die Wissenschaft hinaus ein breites Lesepublikum in den Bann zog.

Hinsichtlich der DDR ist wohl, bis auf ein paar unverbesserlichen Ideologen, jedem klar, dass die „Diktatur des Proletariats“ alles andere war, als die fortschrittlichste Demokratieform der Menschheitsgeschichte, wie wir es einst in den Schulen gelehrt bekamen. Weithin unklar hingegen, und deswegen auch so konträr diskutiert, sind die genauen Bedingungen des „Lebens im Staatssozialismus“, so eine Kapitelüberschrift in Martin Sabrows Band. Geschichtsschreibung, auch sozialwissenschaftlich ausgerichtete, kann immer nur einen von Interpretationen geprägten Ausschnitt der Wirklichkeit zeigen. Zwischen dem Alltag einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie in Mecklenburg Anfang der 50er Jahre und dem Leben von unangepassten Jugendlichen im Leipziger Osten Ende der 80er Jahre liegen wohl noch größere Unterschiede als in der Wahrnehmung des Sozialismus durch Arbeiter und Funktionäre im Braunkohletagebau, wie sie Volker Braun bereits Mitte der 60er Jahre in seinem bald verbotenen Stück „Der Kipper“ thematisiert hatte. Wie fängt man die unterschiedlichen Lebensverhältnisse der Menschen in den verschiedenen Jahrzehnten ein und setzt sie in Beziehung zu einem diktatorischen Herrschaftssystem, das selbst ständig Modifikationen unterworfen war?

Martin Sabrow verweist in seinem einleitenden Kapitel „Die DDR erinnern“ darauf, dass die Frage nach dem Leben in der DDR keine akademisch-sozialwissenschaftliche, sondern eine von erheblicher aktueller politischer Brisanz ist. So wird die heutige Jugend mit einem vom Herrschaftssystem dominierten Geschichtsbild konfrontiert, dem Teile der älteren, DDR-geprägten Generation, ihre Erinnerungen an eine DDR entgegenhalten, die dem in den Schulen gelehrt oft genug widerspricht. Oft dient eine halbvergessene, halbverklärte DDR auch als Vergleichsfolie, um die eigene Meinung über die heutige bundesdeutsche Realität zu konturieren.

Jedenfalls scheint es wie für das Mittelalter auch für die DDR unerlässlich, Dinge des Alltags zu sammeln und in Museen zum Anschauen und Erinnern auszustellen. Ebenso müssen, wie im vorliegenden Band, Aspekte des Lebens

im spannungsreichen Verhältnis von diktatorischer Herrschaft und alltäglichem Leben zusammengetragen werden. Es ist das Verdienst dieses Bandes, dazu wieder einige, zudem gut begründete, Mosaiksteine gesammelt zu haben. Ins Gewicht fällt dabei auch, dass es sich durchweg um Autoren handelt, die zu ihren Themen kompetent Auskunft geben, sei es als Zeitzeugen aus eigenen Erleben, aus wissenschaftlicher Sicht – oder in doppelter Perspektive.

Dabei kann wohl niemand dem Herausgeber begründet vorwerfen, das Bild der DDR weg vom diktatorischen hin zum alltäglichen verschieben zu wollen. Immerhin handeln die beiden Hauptkapitel „Gesichter der Macht“ und „Herrschaftsstruktur“ direkt vom politischen System. Dabei werden auch Themen wie DDR-Haftanstalten, sowjetische Speziallager oder das MfS mit seinem Spitzelsystem adäquat abgehandelt. Es kommt aber auch die Alltäglichkeit der Machtausübung zur Sprache, etwa wenn es um den Frauentag, die Jugendweihe oder den Tag der Republik geht. Hier deuten sich schon Bereiche an, in denen sich alltägliches Leben und politisches Geschehen auf eine Weise ineinander verschränken, die es so schwer macht, beide Bereiche zu trennen, um sie erkenntnisfördernd zueinander in Beziehung setzen zu können.

Im Hauptkapitel „Leben im Staatssozialismus“ wird diese Problematik weiter entfaltet. Hier geht es um Blauhemden, Brigadefeiern, Kollektive oder den Plan, also um Aspekte, die sowohl für das Herrschaftssystem stehen, aber auch untrennbar mit dem alltäglichen Leben vieler verbunden waren.

Dem werden dann im Hauptkapitel „Kleine Fluchten“, wiederum jeweils in einzelnen Kapiteln von unterschiedlichen Autoren, Bereiche entgegengestellt, in denen politische Komponenten des Lebens stärker zurücktreten (Sparwassers Tor, Der Trabant) oder kaum noch zu finden sind (Die Ostsee, Alltag und Privatheit). Ganz trennen lassen sich System und Alltag nie. Das Hauptkapitel erinnert an die von Günter Gaus so genannten „Nischen“ der Gesellschaft, die seinerzeit aber wohl eher Nischen im monolithischen Bild des Westens von der DDR waren. „Kleine Fluchten“ kommt der Tatsache näher, dass es sich um das alltägliche Leben der Menschen handelte, das vom totalen Anspruch des ideologisch ausgerichteten Systems noch nicht völlig erfasst war.

Die Allgegenwärtigkeit des Westens wird im Hauptkapitel „Gemeinsame Grenzen“ thematisiert. Themen wie „Der Intershop“, „Die Mauer“, „Die Transitautobahn“ oder „Das Westpaket“ lösen wohl bei jedem gelernten DDR-Bürger ganze Bündel an Assoziationen aus. Wie könnte das Leben in der DDR ohne sie beschrieben werden?

Und schließlich fehlt im Spektrum angeschnittener Lebenswirklichkeiten auch das „Aushalten und Aufbegehren“ nicht. Hier werden Opposition und Widerstand ebenso thematisiert wie der 17. Juni 1953 oder die Montagsdemonstrationen und Runden Tisch der Friedlichen Revolution 1989/90.

„Erinnerungsorte“ sind auch nach Sabrows eigenen Anspruch nicht allein tatsächliche Orte, wie der Alexanderplatz oder die gesprengte Universitätskirche in Leipzig, sondern wesentliche Aspekte der DDR mit oft symbolischer Bedeutung. Es geht um Vorstellungen und Erinnerungen, die die komplexe Le-

benswirklichkeit der DDR in den Jahrzehnten ihrer Entwicklung auf oft konträre Weise beschreiben. Es ist das Verdienst des Bandes, die virulenten, widersprüchlichen Erinnerungen an die DDR fixieren zu helfen, um so eine Grundlage für die heftig tobende Diskussion darüber zu haben, was es mit dem Leben in der DDR auf sich hatte.

Mit ihren Beschreibungen des mittelalterlichen Treibens in dörflichen Gemeinschaften haben es die Mediävisten insofern einfacher, als niemand der damals Lebenden mehr widersprechen kann, wenn ein Scherbenfund falsch gedeutet wird. Von der DDR sind nicht nur Scherben erhalten, sondern noch viele intakte Gerätschaften samt ihren einstigen und heutigen Besitzer. In der fehlenden zeitlichen Distanz liegt sowohl eine einmalige Chance als auch ein kaum überwindbares Hindernis. Die „Erinnerungsorte der DDR“ sind vor diesem Hintergrund ein wichtiger Impuls, mit der Beschreibung der komplexen Lebenswirklichkeit einer Gesellschaft zu beginnen, während diese noch in Resten fortexistiert und die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland mitbeeinflusst. Es ist ein couragiertes Unterfangen, das Maßstäbe hinsichtlich dessen setzt, was uns in Zukunft an der DDR und wie es uns interessieren sollte.

*Michael Richter, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.*